

# fraktion intern\*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 06 · 22.11.2010

## \*Inhalt

---

- |    |  |    |  |
|----|--|----|--|
| 02 | Haushalt 2011: Trickerei, Mutlosigkeit und kein Sparwille  | 10 | Mehr Sicherheit für Kinderspielzeug                                |
| 03 | Editorial  | 11 | Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Kindern verlängern |
| 04 | Regierungsentwurf zu Regelsätzen ist ungenügend            | 12 | Energieversorgung in kommunale Hand                                |
| 05 | Deutschland vor Ausverkauf schützen                        | 13 | Logistikstandort Deutschland stärken                               |
| 05 | Umsichtigkeit beim Grünbuch Rente                          | 13 | Nachhaltige Mobilität fördern                                      |
| 06 | Wirtschaft diktiert Ausbildungspakt                        | 14 | Mehr Impulse für Abrüstung wären wünschenswert                     |
| 07 | Schluss mit Generation Praktikum!                          | 14 | Petitionen – die einzige Form direkter Demokratie auf Bundesebene  |
|    | <b>Thema schwarz-gelbe Gesundheitspolitik</b>              | 15 | Abschied von Hermann Scheer  |
| 08 | Entsolidarisierung in der GKV – Profite für die Pharmedien | 16 | Personalien und Veröffentlichungen                                 |

# Haushalt 2011: Trickserie, Mutlosigkeit und kein Sparwille

---

**Der erste eigene schwarz-gelbe Bundeshaushalt ist eine herbe Enttäuschung. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen, Gering- und Normalverdiener zahlen weiterhin die Zeche. Denn gespart wird nicht, im Gegenteil. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble tricksen und mogeln, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Damit soll dann wohl die FDP-Steuerreform für die Spitzenverdiener finanziert werden.**

## **Schwarz-Gelb verfrühstückt Mehreinnahmen**

Zunächst sinkt die Neuverschuldung auf dem Papier zwar von 57 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 48,4 Milliarden Euro. Nur: Allein durch die konjunkturellen Mehreinnahmen bei den Steuern und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt hätte sie schon um etwa 10,3 Milliarden Euro gesenkt werden müssen – auf dann 46,7 Milliarden Euro. Die Koalition hat also nicht gespart, sondern dort draufge-

sattelt, wo es ihrer Klientel nützt. Ergebnis: 1,4 Milliarden Euro aus den Mehreinnahmen werden „verfrühstückt“, anstatt die von vielen gesellschaftlichen Akteuren kritisierten unsozialen Kürzungen zu korrigieren.

## **Schäuble untergräbt Schuldenbremse**

Damit aber nicht genug: Herr Schäuble trickt und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert

hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen.

Schwarz-Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldenbremse um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die Koalition einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuersenkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Die SPD steht ohne Abstriche zum Geist und Inhalt der neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben und hat durch ihre Anträge belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist – und dabei zugleich alle sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen zurückgenommen.



# Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Bürgerinnen und Bürger misstrauen der Inszenierung. Wir brauchen in Zukunft eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir Glaubwürdigkeit und Zutrauen in die parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen wieder herstellen. Das wirft Fragen auf, die sich zuerst an uns Politiker stellen. Politik darf von den Bürgern nicht als vordergründig, als inszeniert und unehrlich wahrgenommen werden. Wir brauchen mehr Transparenz über Gründe und Hintergründe von staatlichen Entscheidungen. Da haben alle aufzuholen. Ob mehr Volksbefragungen helfen, darüber wird gestritten. Ich bin durchaus für eine Stärkung der plebiszitären Elemente und für Stuttgart 21 wird es am Ende keine andere Lösung geben. Tatsache ist aber auch, dass staatliche Entscheidungsverfahren sehr wohl legitimiert sind. Und nicht zuletzt ist die Parteiendemokratie ja der Versuch, eine Balance zwischen unterschiedlichen Interessen herzustellen.



Foto: photothek.net / Thomas Köhler

Schwarz-Gelb verspielt das Vertrauen der Bürger. Vor allem das Vertrauen darauf, dass es fair zugeht, dass Lasten gerecht verteilt sind und der Wohlstandsgewinn zum Nutzen aller ist.

In der Gesundheitspolitik setzt die Bundesregierung ihre Privatisierungs- und Klientelpolitik hemmungslos fort. Damit zerstört Herr Rösler die Vertrauensgrundlage, auf der unser erfolgreicher Sozialstaat seit vielen Jahrzehnten beruht. Er beendet erstens die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er führt zweitens die Kopfpauschale ein. Künftig müssen allein die Versicherten für alle Kostensteigerungen einstehen. Und er bittet drittens die Versicherten künftig zur Vorkasse beim Arzt. Das ist der Weg hin zur Drei-Klassen-Medizin: Zuerst die privat Versicherten, dann die Vorkassezahler und Holzklasse für die Standard-GKV-Versicherten. Absicherung bei der Gesundheit darf aber nicht am Berufsstand und am Erwerbsstatus hängen, sondern sollte das Bürgerrecht und den Gleichheitsgrundsatz zur Geltung bringen. Niemand soll schlecht behandelt werden, weil er nicht draufzahlen kann. Wir sind überzeugt, dass die Solidarität der Lastenverteilung die nachhaltige Finanzierung des Systems stärkt. Das wollen wir mit der Bürgerversicherung unter Beweis stellen.

Der Haushalt dieser Bundesregierung steht unter der Überschrift „tricksen und mogeln“. Finanzminister Schäuble büßt auch hier an Glaubwürdigkeit ein. Gering- und Normalverdiener zahlen die Zeche. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble sparen trotz neuer Schuldenregel nicht. Im Gegenteil: es wird getrickst und gemogelt, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Soll damit die Steuerreform der FDP zu Gunsten der Spitzenverdiener finanziert werden?

Wir stehen zur Schuldenbremse und haben durch unsere Anträge belegt, dass die Einhaltung möglich ist. Alle sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen müssen zurückgenommen werden.

Euer

**Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB**  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

## Regierungsentwurf zu Regelsätzen ist ungenügend

**Kaum ein anderes Thema erhitzt die Gemüter so, wie die Frage der Existenzsicherung von Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Deshalb müssen politisch Verantwortliche sehr sorgfältig und ernsthaft mit der Frage umgehen. Schwarz-Gelb hat versagt: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bemessung der Regelsätze wurde erst über „spätromische Dekadenz“ fantasiert. Dann hat die zuständige Ministerin von der Leyen das Sommerloch mit der Gespensterdiskussion einer „Chipkarte“ zur Teilhabe von Kindern gefüllt.**



Die Bundesregierung hätte die Zeit nutzen müssen, um über die wichtigsten Fragen eine gesellschaftliche Verständigung herbei zu führen:

- Nach welchem Verfahren muss eine korrekte Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Bemessung der Regelsätze erfolgen, damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes bezüglich der Transparenz und methodischer Schlüssigkeit erfüllt werden?
- Wie kann dafür gesorgt werden, dass möglichst wenig Menschen auf bedürftigkeitsorientierte Sozialleistungen angewiesen sind, indem die Zahl der sog. ‚Aufstocker‘ durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn reduziert wird?
- Wie kann man die Chance nutzen, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur verbesserten sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern umzusetzen, indem für alle Kinder die Bildungsinfrastruktur verbessert wird?

Dass Ursula von der Leyen dies versäumt hat, rächt sich beim Gesetzentwurf der Regierungskoalition – Langzeitarbeitslose und Geringverdiener werden gegeneinander ausgespielt: Bei den Regelsätzen wird getrickst und manipuliert, um eine möglichst geringe Erhöhung zu errechnen. So werden z. B. die statistisch ermittelten 0,79 Euro im Monat, die Alleinstehende im Durchschnitt für die Chemische Reinigung von Kleidung aufwenden, nicht berücksichtigt. Die Begründung ist zynisch: Dies diene nicht der Existenzsicherung und im Falle eines Vorstellungsgespräches könnten dafür die JobCenter zahlen.

Bei der Teilhabe von Kindern soll ein warmes Mittagessen in der Schule künftig übernommen werden. Gleichzeitig werden aber keine Voraussetzungen geschaffen, damit für mehr als 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler überhaupt ein Angebot zur Verfügung steht. Bei den geplanten Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, die mit 10 Euro im Monat bewertet werden, sollen die Gebühren und Mitgliedsbeiträge in Vereinen und Musikschulen abgerechnet werden können. Ausgenommen werden aber Kosten, die z. B. für Sportartikel oder ein Instrument und auch für Fahrtkosten anfallen. Zudem wird ein bürokratisches Monstrum geschaffen, indem die JobCenter diese Leistungen nicht nur über Gutscheine abrechnen, sondern Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern über ihre Eignung abschließen sollen.

Diesem Gesetzentwurf kann die SPD-Bundestagsfraktion nicht zustimmen. In einem Antrag definieren wir stattdessen die Anforderungen, wie verfassungskonforme Regelsätze korrekt berechnet werden. An einem Wettlauf um die höchsten Regelsatzforderungen beteiligen wir uns nicht. Die Regelsätze müssen mit einem Mindestlohn flankiert werden: Nicht das Existenzminimum muss unter den untersten Löhnen liegen, sondern die untersten Löhne darüber. Bei der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist eine Öffnung für weitere Geringverdienende notwendig, damit auch die Kinder in Haushalten, die Wohngeld beziehen, davon profitieren. Zusätzlich spricht die SPD-Bundestagsfraktion sich für ein Programm flächendeckender Schulsozialarbeit aus, um die Bildungsteilhabe und soziokulturelle Teilhabe zu unterstützen.

Die Zustimmung der SPD gibt es nicht umsonst, weder im Bundestag noch im Bundesrat. Wir werden hart mit der Bundesregierung über unsere Forderungen verhandeln.

## Deutschland vor Ausverkauf schützen

In fast allen europäischen Staaten gibt es nationale Regelungen im Übernahmerecht von Unternehmen. Ziel ist es, die heimischen Aktionäre wirksam zu schützen, wenn ein Erwerber 30 Prozent der Stimmrechte auf sich vereint hat und diese Beteiligung noch weiter ausbauen möchte. In Deutschland hingegen enthält das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) lediglich eine Verpflichtung zur Veröffentlichung und Abgabe eines Angebots zum Erwerb von Wertpapieren, wenn die 30-Prozent-Schwelle überschritten wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine rechtliche Angleichung an die heute international geltenden Marktmechanismen ein. Wir brauchen Regeln und Gesetze, die der deutschen Industrie ermöglichen, im europäischen Wettbewerb konkurrenzfähig bestehen zu können und Chancen- und Wettbewerbsgleichheit garantieren. Das derzeit geltende Übernahmerecht enthält Schlupflöcher, die z. B. das spanische Unternehmen ACS in Begriff ist zu nutzen. Das hoch verschuldete Unternehmen plant seine Sanierung durch die feindliche Übernahme des Konkurrenten Hochtief. Diese Gesetzeslücken müssen schnellstmöglich geschlossen werden. Doch es geht uns nicht nur um das Unternehmen Hochtief mit seinen allein in Deutschland ca. 11.000 Beschäftigten – es geht grundsätzlich um die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Das deutsche Übernahmerecht muss transparenter und rechtssicherer gestaltet werden. Wenn ein Erwerber seine qualifizierte Beteiligung ausbauen möchte, muss es für diesen verpflichtend sein, sein Pflichtangebot zu veröffentlichen und anderen Aktionären ein Angebot zum Erwerb ihrer Wertpapiere zu machen. Das WpÜG hingegen enthält die Möglichkeit einer Übernahme durch Anschleichen an eine Kontrollposition von mehr als 30-Prozent der Stimmrechte. Damit wird der Schutz der Minderheitsaktionäre unterlaufen. Das wollen wir ändern. Die Bundesregierung lehnt jedoch jeden Ansatz einer gemeinsamen Lösung ab.

## Umsichtigkeit beim Grünbuch Rente

Im Juli 2010 hat die Europäische Kommission ein Grünbuch zum Thema „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“ vorgelegt, um innerhalb der 27 Mitgliedsländer einen intensiven Diskussionsprozess über notwendige europäische Initiativen zur Alterssicherung zu initiieren. Eingebettet ist das Verfahren in einen viermonatigen Konsultationsprozess, der Mitte November beendet wurde.

Die EU-Kommission will die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um eine nachhaltige Finanzierung der Pensionen und Renten unterstützen. Daher wirft das Grünbuch eine Reihe von Fragen auf, wie etwa die Sicherung der Alterseinkünfte vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Mobilität der Altersvorsorge, Höhe und Sicherheit der Alterseinkünfte werden stärker in den Mittelpunkt gerückt. Die EU-Kommission plädiert darüber hinaus für eine EU-weite Abstimmung zur Sicherung angemessener Renten, die es den Mitgliedsländern ermöglichen soll, von einander zu lernen.

Da mit dem Grünbuch kein Rechtssetzungsakt verbunden ist, bleibt abzuwarten, welche Schlussfolgerungen die EU-Kommission aus dem Verfahren ziehen wird.

Im Grundsatz ist die Initiative der EU-Kommission zu begrüßen. Nicht übersehen werden darf allerdings, dass die Zuständigkeit in Fragen der Rentenhöhe, oder der Festlegung des Renteneintrittsalters nicht in Brüssel liegt, sondern bei den Mitgliedsländern. Kritisch zu hinterfragen ist jedoch die Fokussierung der EU-Kommission darauf, dass der Abbau der Staatsverschuldung in den einzelnen Mitgliedsstaaten durch Umgestaltungen, die zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme gehen würden, erfolgen soll. In der Konsequenz bedeutet das nämlich: weg von der bislang öffentlichen, umlagefinanzierten Rentensicherung hin zu einer Stärkung kapitalgedeckter privater Systeme.

# Wirtschaft diktiert Ausbildungspakt

**Ob beim Ausstieg aus dem Atomausstieg oder der sogenannten Gesundheitsreform: Die Bundesregierung bedient ausschließlich die Interessen der Wirtschaft. Jüngstes Beispiel ist der Ausbildungspakt.**

Schwarz-Gelb hat die Chance vertan, den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als Paktpartner zu gewinnen. Die Vereinbarung unter Einbeziehung des DGB war schon unterschriftsreif, als sich die Wirtschaftsverbände mit ihrer Lobbyarbeit im Bundeskanzleramt durchsetzten. Sie waren nicht bereit, 60.000 neue Ausbildungsplätze, 30.000 Ausbildungsbetriebe und 40.000 Einstiegsqualifizierungen zu garantieren. Außerdem sollten die Gewerkschaften einem Aufweichen des Jugendarbeitsschutzes zustimmen und ein klares Bekenntnis zu zweijährigen Schmalspur-Ausbildungen unterschreiben. Unter diesen Voraussetzungen konnten die Gewerkschaften dem Pakt nicht beitreten. Bundeskanzlerin Merkel hat sich den Forderungen der Wirtschaft gebeugt und damit den Ausschluss des DGB billigend in Kauf genommen.

Dabei hätte der DGB dem Ausbildungspakt als Partner sehr gut getan. Denn Regierung und Wirtschaftsverbände rechnen sich die Zustände auf dem Ausbildungsmarkt schön. Von ihnen ist keine wirkungsvolle Initiative für einen „Ausbildungsboom“ zu erwarten. Richtig ist zwar, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wegen der demographischen Entwicklung zurück gegangen ist. Richtig ist aber auch, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2009 gesunken ist. Deshalb hatten bei weitem nicht alle Bewerberinnen und Bewerber Erfolg bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

## Ausbildungsplätze reichen nicht aus

Vor allem junge Menschen mit schlechteren Startchancen ziehen in Sachen Ausbildung immer wieder den Kürzeren. Tatsächlich warten Zigtausende von Altbewerberinnen und Altbewerber nach wie vor auf einen Ausbildungsplatz, auch wenn viele von ihnen vorübergehend an berufsvorbereitenden Maßnahmen, Praktika und Einstiegsqualifizierungen teilnehmen. Hinzu kommen 1,5 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben. Diese Gruppe wird im neuen Ausbildungspakt nicht berücksichtigt.

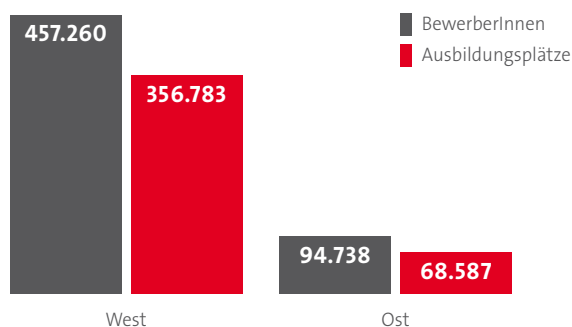
Fakt ist: In Deutschland ist das Ausbildungsplatzangebot bei weitem nicht ausreichend. Die Unternehmen stehen in der Verantwortung. Statt aber mehr Ausbildungsplätze anzubieten, beklagt die Wirtschaft einen zunehmenden Fachkräftemangel. Doch wer Fachkräfte braucht, darf nicht nur ins Ausland schielen. Die Unternehmen müssen in ihrem eigenen Interesse dafür sorgen, dass junge Menschen gut und umfassend ausgebildet werden. Zweijährige Schmalspur-Ausbildungen sind dabei der falsche Weg.

Auch die Politik ist gefordert. Der Übergang von der Schule in die Ausbildung erweist sich als problematisch. Viele, die nicht sofort einen Ausbildungsplatz finden, verlieren sich in einem Dschungel von Fördermaßnahmen, in dem sich selbst Fachleute kaum noch zurechtfinden. Nach dem Motto „weniger ist mehr“ kommt es darauf an, gute und erfolgreiche Maßnahmen auszumachen und weiter auszubauen. Vor allem aber brauchen Jugendliche in der schwierigen Phase des Übergangs zuverlässige Begleitung. Schule, Unternehmen, Jobcenter, Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit müssen zusammen wirken, damit niemand verloren geht.

Und schließlich wollen wir denjenigen besonders unter die Arme greifen, die auf dem ersten Ausbildungsmarkt dauerhaft nicht zum Zuge kommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns deshalb für einen Rechtsanspruch auf eine Berufsausbildung ein. Wer sich nach dem Schulabschluss drei Jahre lang vergeblich um eine Ausbildung bemüht, soll einen staatlich geförderten Ausbildungsplatz garantiert bekommen. Denn Deutschland braucht all seine Nachwuchskräfte, und jeder junge Mensch hat das Recht auf bestmögliche Ausbildung.

## Fehlende Ausbildungsplätze

Zahl der gemeldeten BewerberInnen und der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze, September 2010



Grafik: einblick19/no, Quelle: DGB-Jugend

# Schluss mit Generation Praktikum!

Während die Wirtschaft immer lauter nach gut ausgebildeten Arbeitskräften ruft, werden Jahr für Jahr zehntausende hochqualifizierte und motivierte junge Menschen in unbezahlte Praktika gedrängt. Ein Praktikum dient dazu, Personen berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen zu vermitteln. Wenn aber die Vermittlung praktischer Erfahrungen und Kenntnisse nicht im Vordergrund steht, sondern die Arbeitsleistung, ist es kein „Praktikum“, sondern ein Arbeitsverhältnis.

## Nach Ausbildungsabschluss droht Praktikum

Die Situation von jungen Berufseinsteigern wird immer prekärer. Dies bedeutet konkret, dass heute ca. 25 Prozent aller Uniabsolventen nur dann eine Chance auf einen soliden Berufseinstieg erhalten, wenn sie sich vorher über Monate „kostenlos“ im Unternehmen bewährt haben.

Bei den Ausbildungsberufen ist teilweise sogar fast ein Drittel eines ganzen Jahrgangs betroffen, obwohl sie bereits betriebliche Erfahrung in der Ausbildung erleben durften. Wie eine Studie des Bundesarbeitsministeriums ergab, waren von allen freiwilligen Erst-Praktika, die nach Abschluss einer beruflichen Ausbildung absolviert wurden, 51 Prozent unbezahlt, 12 Prozent unangemessen und 37 Prozent angemessen vergütet. Knapp die Hälfte war somit während des Praktikums auf die finanzielle Unterstützung anderer angewiesen.

## Viele hangeln von Praktikum zu Praktikum

Viele junge Menschen befinden sich in sog. Praktikumsketten, bei denen sich eine Station an die nächste reiht, immer darauf hoffend, in ein normales Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Viele der Betroffenen arbeiten in der Woche genau so hart wie die reguläre Belegschaft, um dann am Wochenende zusätzlich in der Kneipe zum Lebensunterhalt zu kellnern. Andere müssen sich verschulden oder sind auf die Unterstützung durch ihre Familie angewiesen. Dabei jeden Tag motiviert zu sein um hohe Leistung zu erbringen, kennzeichnet den Alltag vieler Praktikanten in unserer Republik.

## Schwarz-Gelb bleibt tatenlos

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Schwarz-Gelb nicht das Geringste unternimmt, um diesen ausbeuterischen Zuständen endlich einen Riegel vorzuschieben. Dabei ist die aktuelle Tatenlosigkeit nur ein Teil der Wahrheit. Während die SPD in der letzten Legislaturperiode dafür gekämpft

hat, durch eine entsprechende Gesetzesinitiative die Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten zu stärken, zeichnete sich die Union dadurch aus, sich mit Händen und Füßen gegen eine dringend notwendige gesetzliche Regelung zu wehren. Insbesondere die Bundesbildungsministerin Schavan ließ nichts unversucht, um unsere Vorhaben zu torpedieren. Wir hoffen, dass CDU und FDP die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen endlich zur Kenntnis nehmen und mit uns für deren Verbesserung sorgen.

## Missbrauch von Praktika verhindern

Wir Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung mit einem von der Fraktion beschlossenen Antrag auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen der sicherstellt, dass bei Praktika in Zukunft der Missbrauch verhindert werden kann.

Gesetzlich soll klargestellt werden, dass der Lernzweck stärker als Mittelpunkt eines Praktikums zu definieren ist. Unternehmer und Praktikanten sollen künftig die Bestimmungen klar und eindeutig aus dem Gesetz erkennen können und auf – bereits existierende – einschlägige Vorschriften zum Beispiel im Berufsbildungsgesetz verwiesen werden. Es ist außerdem gesetzlich klarzustellen, dass Arbeitsverhältnisse, die lediglich als Praktikum deklariert werden, den gleichen Lohn- und Gehaltsanspruch begründen wie reguläre Stellen. Hierbei muss den Arbeitgeber die Beweislast treffen. Eine Verbesserung des Kündigungsschutzes durch die Anrechnung der Praktikumszeit, eine Aufnahme der Pflichtpraktika in die Regelstudienzeit, sowie eine regelmäßige Berichterstattung durch die Bundesregierung sind weitere notwendige Maßnahmen.



# Entsolidarisierung in der GKV – Profite für die Pharmalobby

Schwarz-Gelb hat am 11. und 12. November mit dem Beschluss des Arzneimittelneuordnungsgesetzes (ANMOG) und des GKV-Finanzierungsgesetzes ihre Klientel gut bedient. Gleichzeitig hat Gesundheitsminister Rösler den Systembruch für unser solidarisches Gesundheitssystem eingeleitet: Künftig tragen die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner überproportional die Lasten der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen.

## Schwarz-Gelb kündigt Solidarität im Gesundheitssystem auf

Ab 2011 werden die Beitragsätze der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 0,6 Prozent auf 15,5 Prozent steigen. Davon zahlen die Beschäftigten 8,2 Prozent und die Arbeitgeber 7,3 Prozent. Doch ihr Anteil wird eingefroren. Alle künftigen Kostensteigerungen landen allein bei Beschäftigten, Studierenden sowie den Rentnerinnen und Rentnern. Sie werden doppelt belastet, weil die GKV nun ohne Beschränkung Zusatzbeiträge als kleine Kopfpauschale erheben darf. Es ist davon auszugehen, dass der Beitragsatz der Krankenkassen konstant bleibt und dafür die kleine Kopfpauschale stetig steigen wird. Damit hat Schwarz-Gelb zwei Ziele erreicht: Die Arbeitgeber werden dauerhaft aus der Parität entlassen und Besserverdienende werden entlastet. Den von Rösler versprochenen Sozialausgleich gibt es nicht. Geringverdiener und -verdienerinnen sowie Rentner und Rentnerinnen werden mit einem Notgroschen abgespeist, wenn die durchschnittliche Kopfpauschale mehr als zwei Prozent des Einkommens ausmacht.

### Zwei Rechenbeispiele:

1. Bezieht ein Rentner 800 Euro Rente und beträgt die kleine Kopfpauschale durchschnittlich 20 Euro, erhält er vier Euro „Sozialausgleich“. Denn er darf mit bis zu 16 Euro belastet werden.
2. Auch, wenn seine Krankenkasse mehr verlangt, z. B. 30 Euro, werden nur vier Euro erstattet. Denn der „Sozialausgleich“ orientiert sich an der durchschnittlichen kleinen Kopfpauschale. Der Rentner bleibt auf zusätzlichen 26 Euro sitzen.

Dabei bleibt die Finanzierung des „Sozialausgleichs“ ungeklärt. Zunächst sollen die Reserven der GKV angezapft werden. Ein steuerfinanzierter Ausgleich ist auf Grund der Haushaltslage nicht zu erwarten. So werden ihn die Versicherten der GKV allein schultern müssen. Hinzu kommt, dass der „Sozialausgleich“ zu mehr Bürokratie bei Krankenkassen, Arbeitgebern und Rentenversicherern führt.

### Vorkasse beim Arzt führt zur Dreiklassenmedizin

In der GKV gilt bislang das Sachleistungsprinzip als ein Grundpfeiler des solidarischen Gesundheitssystems. Der Arztbesuch wird nach einheitlichen Sätzen durch die Krankenkassen bezahlt. So können Kranke sich medizinisch behandeln lassen, ohne sich zu fragen, ob sie sich das leisten können. Nur 0,2 Prozent der GKV-Versicherten machen bislang vom sog.

Kostenerstattungsmodell Gebrauch. Denn häufig bleiben sie auf einem Großteil der Arztrechnung sitzen. Wenn der Arzt Untersuchungen durchführt, die nicht im Leistungskatalog der GKV stehen, werden die Kosten dafür nicht erstattet. Doch Schwarz-Gelb will die Vorkasse ausbauen. Dabei führt sie anders als behauptet nicht zu Kostentransparenz und Einsparungen. Das zeigen Vergleiche der Ausgaben von GKV und der privaten Krankenversicherung (PKV). Doch mehr GKV-Versicherte werden diesen Weg wählen, wenn ihnen Ärzte dadurch schneller einen Termin oder eine bessere Behandlung zusagen. Das ist der Weg in die Dreiklassenmedizin: Private zuerst, dann die Vorkassezahler und am Ende schauen die Normalversicherten in die Röhre.

### Geschenke für die PKV zu Lasten der GKV

Schwarz-Gelb verkürzt die Wartezeit für einen Wechsel von der GKV in die PKV für Versicherte, deren Gehalt über der Versicherungspflichtgrenze liegt. Sie können bereits nach einem Jahr anstatt nach drei Jahren wechseln. Junge, gesunde Versicherte werden verstärkt zur PKV abwandern. Das bedeutet für die GKV 2011 einen Beitragsverlust in Höhe von 500 Millionen Euro. Und obendrauf soll die PKV auch in den Genuss der von der GKV ausgehandelten Preisvorteile kommen, die mit den Arzneimittelherstellern nach der Nutzen-Bewertung für neue Arzneimittel gelten.

## Plus für Pharmakonzerne – weniger Patientenschutz

Das angebliche Arzneimittelsparpaket von Minister Rösler ist eine Mogelpackung. Auch wenn die erhöhte Zwangsrabattierung bei Arzneimitteln von sechs auf 16 Prozent Einsparungen bei der GKV bringt, werden es nicht zwei Milliarden Euro, sondern allenfalls 500 Millionen Euro sein. Und Schwarz-Gelb hat dafür gesorgt, dass die Pharmakonzerne voll auf ihre Kosten kommen. Wenn sie im ersten Jahr nach der Zulassung eines Medikaments ihre Preise selbst bestimmen können, bevor sie mit dem Spitzenverband der GKV Rabatte aushandeln müssen, dann werden sie schon dafür sorgen, dass die Ausgangspreise möglichst hoch sind, damit es sich für sie lohnt.

Versicherte können künftig anstatt des von den Krankenkassen vorgesehenen Arzneimittels, für das ein Rabattvertrag ausgehandelt wurde, ein wirkstoffgleiches anderes Medikament gegen eine Aufschlagszahlung erhalten. Durch die Änderung können die Krankenkassen keine Abnahmemenge mehr garantieren, so werden Rabattverträge unattraktiv für die Hersteller. Davon profitieren allein die Pharmakonzerne und die GKV-Versicherten zahlen drauf.

Außerdem müssen künftig nicht die Arzneimittelhersteller nachweisen, dass ein Medikament einen Zusatznutzen hat, sondern der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) muss belegen, dass es keinen gibt. Diese Beweislastumkehr macht es nahezu unmöglich, Arzneimittel auszuschließen. Dies geht zu Lasten der Arzneimittelausgaben der GKV und mindert den Patientenschutz. Vor allem werden Menschen, die an sog. seltenen Krankheiten leiden, risikoreichen Therapien ausgesetzt, denn hier soll auf jegliche Nutzenbewertung verzichtet werden. Und Schwarz-Gelb ermöglicht die Teilnahme von Pharmaunternehmen und Herstellern von Medizinprodukten an der integrierten Versorgung von chronisch Kranken. Sie entscheiden nun mit über ihre Therapie. Das führt dazu, dass die Behandlung nicht mehr von medizinischen Erwägungen, sondern von Unternehmensinteressen geleitet wird.

### **Kartellrecht für Krankenkassen erhöht Ausgaben der GKV**

Die gesetzlichen Krankenversicherungen sollen mit privatwirtschaftlichen, gewinnorientierten Unternehmen gleichgesetzt werden, indem Schwarz-Gelb für die GKV das Kartellrecht einführt. Doch die Krankenkassen sind öffentliche Körperschaften, die angehalten sind für 90 Prozent der Bevölkerung gemeinschaftlich eine wirtschaftliche und leistungsfähige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Die Anwendung des Kartellrechts bedeutet, dass die Kassen künftig nicht mehr gemeinsam Rabattverträge für Arzneimittel aushandeln können. Nun soll jede Kasse für sich und damit über geringere Abnahmemengen verhandeln. Außerdem soll die Zuständigkeit bei vergaberechtlichen Streitigkeiten, z. B. zu Rabattverträgen der GKV, von den Sozial- auf die Zivilgerichte übertragen werden. Dadurch werden erneut Einsparungen durch Rabattverträge der GKV gefährdet, weil die Erfolgsaussichten klagender Pharmahersteller vor Zivilgerichten größer sind.

## Sozialer Fortschritt geht nur gemeinsam

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Gesundheitspolitik ohne Klassenschranken: die solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Finanzierung des Gesundheitswesens nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Wohlhabende sollen nicht aussteigen, sondern zur solidarischen Krankenversicherung beitragen. Eine Finanzierung über angemessene Beiträge und über Steuern sorgt auf Dauer für eine gerechte und stabile Finanzierung.

Voraussetzung für ein solidarisches System sind vergleichbare Spielregeln und fairer Wettbewerb für alle Krankenkassen und Versicherungsunternehmen. Notwendig ist eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, damit Therapien bezahlt werden, die wirklich wirken. Das Gesundheitssystem muss wieder voll paritätisch finanziert werden. Nur ein einheitliches Sozialversicherungssystem bietet den Bürgerinnen und Bürgern heute und in Zukunft soziale Sicherheit unabhängig von ihrem Einkommen.



## Mehr Sicherheit für Kinderspielzeug

### Gefährliche Spielkumpane

Kinderspielzeug ist mit Giften belastet – und das in erschreckendem Ausmaß. Das hat die Stiftung Warentest laut November-Ausgabe ihrer Zeitschrift „test“ erneut festgestellt. Von den 50 untersuchten Produkten waren über 80 Prozent belastet. Ob Holzbausteine oder –puzzles, Plüschtiere, Puppen und Plastikspielzeug: Sie enthielten Formaldehyd, Phthalate (Weichmacher), PAKs (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe), kritische Farbstoffe und Nonylphenol – Stoffe, die als krebserregend gelten oder Allergien auslösen können. Einige verändern das Erbgut oder sind fortpflanzungsschädigend.

### EU-Spielzeugrichtlinie reicht nicht aus

Doch so beängstigend diese Ergebnisse sind, die Problematik ist nicht neu. Regelmäßig warnen die RAPEX-Meldungen der EU vor giftigem Spielzeug – mit steigender Tendenz. Die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgeschriebenen Vorgaben zum Schutz der Kinder vor gefährlichem Spielzeug reichen nicht aus. Die in der Produktion eingesetzten Stoffe werden immer vielfältiger. Und offensichtlich stellen sich immer weniger Hersteller ihrer Verantwortung für den Schutz der Kindergesundheit. Hinzu kommt die zunehmende Überlastung der Marktüberwachungsbehörden, die die Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben erschwert.

### Gifte im Spielzeug verbieten – verpflichtende Überprüfungen einführen

Die SPD hat deshalb mit ihrer „Offensive für einen wirksamen Schutz der Kinder vor Gift in Spielzeug“ bereits im Juni einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Spielzeugsicherheit vorgelegt. Darin fordern wir, dass für Spielzeug die gleichen strengen Vorgaben gelten wie für sog. Lebensmittelkontaktmaterialien. Denn Kinder nehmen Spielzeug in den Mund, kauen oder lutschen daran. Krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe haben in Kinderspielzeug nichts zu suchen. Wir fordern ein komplettes Verbot, auch für Allergie auslösende Stoffe. Wir wollen Hersteller verpflichten, die Sicherheit von Spielzeug durch unabhängige Dritte überprüfen zu lassen, bevor sie in den Handel gelangen.

Eltern müssen keine Chemieexperten sein, sie sollen sich darauf verlassen können, dass auf dem Markt erhältliches Spielzeug keine Gefahr für die Gesundheit ihrer Kinder birgt. Wir fordern die Einrichtung einer benutzerfreundlichen öffentlich zugänglichen Datenbank für Spielzeug. Darin sollen die Kontrollergebnisse der Marktüberwachung der Länder und des Zolls unter Nennung von Hersteller- und Produktnamen zusammengeführt und die Inhaltsstoffe der Spielzeugprodukte deklariert werden.

### Schwarz-Gelb redet viel und tut nichts

Schwarz-Gelb aber hat die Beratung unseres Antrags verzögert und zuletzt Ende Oktober abgesetzt – ohne eigene Vorschläge zu haben. Erst nach dem Warentest-Bericht wurde ein Koalitionsantrag präsentiert. Mit unzureichenden Forderungen: Die Option, notfalls auch auf nationaler Ebene Spielräume für Verbesserungen zu nutzen, wird ausgeklammert. Nicht einmal das Problem der auf vier Ministerien verteilten Zuständigkeit für die Spielzeugsicherheit will Schwarz-Gelb angehen. Und wie ernst es ihnen mit der Einführung einer verpflichtenden Überprüfung der Sicherheit von Kinderspielzeug durch unabhängige Dritte ist, wird sich zeigen. Schließlich waren es CDU/CSU und FDP, die bei der Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie die EU-weite Einführung der verpflichtenden Drittprüfung im Europaparlament verhindert haben.

Verbraucherministerin Aigner beteuert indes öffentlichkeitswirksam, dass sie alles tun werde, um die Sicherheit von Spielzeug zu verbessern. Dabei ist sie gar nicht zuständig: Die Federführung für Spielzeugsicherheit hat Wirtschaftsminister Brüderle.

# Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Kindern verlängern

**Zahlreiche Opfer, die als Kinder oder Jugendliche sexuell missbraucht wurden, können so massiv traumatisiert sein, dass sie erst Jahrzehnte danach in der Lage sind, ihr Leiden und ihr Martyrium zur Sprache zu bringen. Trauriger Beleg hierfür ist die mittlerweile große Zahl aktuell bekannt gewordener Missbrauchsfälle vor allem der sechziger, siebziger und achtziger Jahre in kirchlichen, aber auch in nicht konfessionell gebundenen Einrichtungen.**

Oft sind die strafrechtlichen wie zivilrechtlichen Verjährungsfristen schon längst abgelaufen, wenn ein Missbrauchsoffer sein Schweigen bricht. Die Straftaten können dann nicht mehr verfolgt werden und die Opfer ihre Zivilrechtsansprüche nicht mehr geltend machen.

## Viele Täter entgehen der Strafe

Denn, wenn eine Jugendliche oder ein jugendlicher Opfer sexuellen Missbrauchs wird, beträgt die strafrechtliche Verjährungsfrist nur fünf Jahre nach Vollendung des 18. Lebensjahres. Schon wenn das Opfer 23 Jahre alt wird, gibt es keine Möglichkeit mehr für eine strafrechtliche Verfolgung. Auch beim sexuellen Missbrauch von Kindern fällt die Verjährungsfrist mit 10 Jahren ab Vollendung des 18. Lebensjahres verhältnismäßig kurz aus. Bei der zivilrechtlichen Verjährung von Ansprüchen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld sieht es nicht besser aus: Hier beträgt die Verjährungsfrist sogar nur drei Jahre ab dem 21. Geburtstag.

## Sexuellen Missbrauch ächten

Die SPD-Bundestagsfraktion will den Betroffenen helfen und die Verjährungsfristen verlängern. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Dieser sieht vor, die strafrechtliche Verjährungsfrist beim sexuellen Missbrauch von Kindern und minderjährigen Schutzbefohlenen auf 20 Jahre zu erhöhen. Dadurch werden sexuelle Missbrauchstaten einheitlich erst mit vollendetem achtunddreißigsten Lebensjahr des Opfers verjähren.

Die zivilrechtliche Verjährungsfrist wollen wir auf 30 Jahre erhöhen. Damit haben Opfer sexuellen Missbrauchs Gelegenheit, noch bis zur Vollendung ihres einundfünfzigsten Lebensjahres zivilrechtliche Ansprüche geltend zu machen.

Dadurch würde ein klares Zeichen der gesellschaftlichen Ächtung des sexuellen Missbrauchs und der Solidarität mit den Opfern gesetzt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hofft daher auf eine breite Unterstützung der Initiative durch die Mitglieder des Deutschen Bundestages.

## „Hinsehen, handeln, helfen“ – Maßnahmenpaket gegen Missbrauch

Der Gesetzentwurf ist Teil unseres umfassenden Maßnahmenpakets „Hinsehen, handeln, helfen“, das wir im Juni beschlossen haben. Damit wollen wir Kinder und Jugendliche wirksamer gegen sexuelle Gewalt schützen und Betroffene besser unterstützen. Neben den straf- und zivilrechtlichen Fragen gehören dazu unter anderem folgende Punkte:

- Beratungsstellen und Hilfsangebote müssen flächendeckend ausgebaut, finanziell abgesichert und besser bekannt gemacht werden. Alle Hilfesuchenden müssen sich darauf verlassen können, Hilfe, Beratung und Zugang zu Therapieangeboten zu erhalten.
- Private und öffentliche Einrichtungen brauchen verbindliche Regelungen und klare, einheitliche Leitlinien zum Umgang mit Missbrauchsfällen.
- Die Aus- und Weiterbildungsinhalte von Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen systematisch überprüft werden, um das Thema sexuelle Gewalt umfassend zu berücksichtigen.
- Die Erforschung der Bedingungen und Ursachen sexueller Gewalt und die Evaluation der Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen sollte intensiviert werden.

Die Arbeit des Runden Tisches der Bundesregierung wird nur erfolgreich sein können, wenn dort vor allem die Opfer sexueller Gewalt Gehör finden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb ihre Forderungen im Austausch mit Vertretern von Betroffenenverbänden und Opferberatungsstellen entwickelt, die nicht am Runden Tisch sitzen. Die Vorschläge werden von unserer Kinderbeauftragten Marlene Rupprecht in die Arbeit des Runden Tisches eingebracht.

# Energieversorgung in kommunale Hand

---

Nach der Regierungsübernahme 1998 hat die SPD mit dem Atomausstieg und dem Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) konsequent eine Energiewende eingeleitet. Neben der Strategie „Weg vom Öl“ wurde damit ein zweites Großprojekt angelegt, das sich bis 2050 verwirklichen soll: Die CO<sub>2</sub>-freie Energieversorgung.

## **Nachhaltige Energieversorgung ist dezentral**

Die Umgestaltung der Energieversorgung kann inzwischen auf ein breites Instrumentarium aufbauen, zum Beispiel dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz. Neben der Stromversorgung kann durch die Auspeisung der Wärme in ein Fernwärmenetz ein Wirkungsgrad von über 90 Prozent erreicht werden.

Die nachhaltige Energieerzeugung nutzt dezentrale und kommunale Strukturen. Daher sind die Stadtwerke auch ein wichtiges Element in der zukünftigen Energieversorgung.

In den 70er und 80er Jahren haben sich viele Kommunen von ihren Stromnetzen getrennt. Diese Konzessionsverträge laufen nun aus und viele Kommunen prüfen, im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge auch wieder den Regiebetrieb der Netze zu übernehmen.

Das ist eine Folge des Atomausstiegs: Der Abbau von Erzeugungskapazitäten schafft Raum für den Markteinstieg der Stadtwerke in die Erzeugung und dies auf der Grundlage der Förderung von Erneuerbaren Energien und der Technik der Kraft-Wärme-Kopplung. Bei den Stadtwerken liegt ein Investitionsvolumen von rund 10 Milliarden Euro bereit, um den Wettbewerb in der Erzeugung zu erhöhen. Diese Investitionen sind durch die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke gefährdet.

## **Stromverbrauch wird steuerbar**

Erzeugung und Verteilnetze in kommunaler Hand ist ein stimmiges Konzept. Der Grund hierfür liegt in den weiteren Komponenten unserer Energiewende. Einsparung und Effizienzsteigerung helfen, die Energieversorgung bezahlbar zu halten. Neben den steigenden Preisen der fossilen Brennstoffe sind insbesondere die Lastspitzen für eine Verteuerung der Strompreise verantwortlich: Zur Deckung des Spitzenbedarfs muss Strom teurer zugekauft werden.

Das ist vermeidbar, wenn nicht nur die Erzeugung sondern auch der Verbrauch steuerbar wird. Wir sprechen dann von intelligenten Netzen, über die bestimmte dafür vorgesehene Verbraucher vom Netz getrennt werden. Ab dem nächsten Jahr können Verbraucher einen lastvariablen Tarif verlangen, der es ihnen möglich macht, durch eine gezielte zeitliche Nutzung von Geräten ihre Stromkosten zu verringern und damit zu helfen, teure Stromspitzen zu vermeiden.

## **Kommunen Kaufrecht für Netze zusprechen**

Die Kommunen und ihre Stadtwerke stehen daher vor zwei Aufgaben: Dem Rückerwerb der Netze und der Investition in deren intelligente Steuerung. Ein Blick in die bestehende Rechtslage zeigt, dass weder das Energiewirtschaftsgesetz noch die Praxis der Regulierung auf diese Situation ausgelegt ist.

Um ein konkretes Angebot zum Erwerb der Netze abgeben zu können, muss bekannt sein, wie deren Ertragslage und der Zustand ist. Die kaufwillige Kommune hat aber nicht das Recht, diese Daten einzusehen. Um dann die Netze ausbauen zu können, müssen auch die Investitionen in Effizienz und Einsparung im Rahmen der Preisregulierung durch die Bundesnetzagentur anerkannt werden.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion, die bestehende Gesetzeslage so zu ändern, dass die Kommunen ein Kaufrecht zugesprochen bekommen und alle notwendigen Daten erhalten. Ebenso sollen in der Regulierung auch Investitionen anerkannt werden, die der Netzbetreiber zur Effizienzsteigerung und zur Energieeinsparung unternimmt. Das soll auch die Beratung der Kunden mit einschließen, deren Mitwirkung zur Entlastung der Versorgung dringend gebraucht wird. Es ist nicht einsehbar, warum bei steigendem Stromverbrauch die Verstärkung der Netze abrechenbar ist, hingegen die Vermeidung der Verstärkung durch Beratung zur Verringerung des Stromverbrauchs vom Netzbetreiber aus seinem Eigenkapital zu bezahlen ist. Das setzt falsche Investitionsanreize.

## Logistikstandort Deutschland stärken

**Die CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung plant eine Neuausrichtung des Masterplans Güterverkehr und Logistik. Unter dem Deckmantel der Neujustierung wird der integrative Ansatz des in der letzten Legislaturperiode von der SPD initiierten Masterplans ersatzlos gestrichen.**

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag den durch unseren Masterplan Güterverkehr und Logistik angestoßenen Prozess einer integrierten Verkehrspolitik zur Stärkung des Logistikstandortes Deutschland konsequent fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die jetzige Bundesregierung auf das Ziel „mehr Verkehr auf Schiene und Binnenwasserstraße“ zu bringen, verzichtet.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Attraktivität des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt weiter erhöht werden und die von der Bundesregierung im neuen Aktionsplan angekündigte Erprobung von sogenannten Gigalinern (überlange LKW) im Rahmen eines bundesweiten Feldversuchs gestoppt werden muss. Die generelle

Euphorie der Bundesregierung für Gigaliner führt in eine verkehrs- und umweltpolitische Sackgasse. Sie ist rechtlich fragwürdig und nicht geeignet, das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen in den Griff zu bekommen.

Ferner muss die Bundesregierung die beschlossenen Änderung der Mauterhöhung zu Ungunsten von Euro-5-Fahrzeugen rückgängig machen. Alles andere wäre ein falsches Signal: der Trend zu saubereren Fahrzeugen wird damit gestoppt. Die Höhe der Mautharmonisierungsmittel auf dem Mautkompromiss ist auf dem vereinbarten Niveau zu halten, damit die Wettbewerbsbedingungen des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz nicht beeinträchtigt werden. Die Benachteiligung der umweltfreundlichen neuen Lastkraftwagen gegenüber den älteren Transportfahrzeugen ist sowohl umwelt – wie wirtschaftspolitisch eine Fehlsteuerung. Der Wegfall der Finanzierung des Ausbaus der Schieneninfrastruktur durch Mauteinnahmen ist eine verkehrspolitische Rolle rückwärts.

## Nachhaltige Mobilität fördern

Foto: photothek.net / Thomas Trutschel



**Globaler Klimawandel, die Zunahme des Weltenergiebedarfes und begrenzte fossile Brennstoffe erfordern ein Umdenken bei der Mobilität. Innenstädte kämpfen mit Luftverschmutzung und Lärm. Aktuell verursacht der Pkw-Verkehr rund 14 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen.**

Deutschland braucht eine konzertierte Aktion für eine CO<sub>2</sub>-freie Mobilität und politische Rahmenbedingungen für Elektromobilität. Dafür steht der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Nachhaltige Mobilität fördern – Elektromobilität vorantreiben“, der am 11. November 2010 erstmalig beraten wurde.

Elektromobilität muss in ein Energiekonzept auf Grundlage erneuerbarer Energien eingebunden sein. Elektromobilität braucht Industriepolitik. Wir setzen auf finanzpolitische Rahmenbedingungen, um auch kleinen Unternehmen Forschung und Entwicklung zu ermöglichen. Aber auch als Marktanzreiz für die Verbraucher: durch eine stärkere Ausrichtung der Kraftfahrzeugsteuer am Ausstoß von Treibhausgasen und eine höhere Steuerbegünstigung für reine Elektrofahrzeuge. Kommunen brauchen Spielraum für innovative Mobilitätskonzepte, Anreize für die Nutzung von Carsharing oder Elektro-Mieträdern und vernetzte öffentliche Angebote von Bussen und Bahnen.

Wir fordern eine Qualifikationsoffensive Elektromobilität. Der künftige Bedarf an Fachkräften muss analysiert, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt werden. Dazu brauchen wir neue Lehrstühle in den Bereichen Elektrochemie und Speichertechnologie. Die von uns initiierten Modellregionen brauchen eine klare Perspektive, damit die neuen Konzepte weiter erprobt werden und nicht auf halber Strecke liegen bleiben.

## Mehr Impulse für Abrüstung wären wünschenswert

---

**Die NATO hat auf ihrem Lissaboner Gipfel am 19./20. November ein Neues Strategisches Konzept verabschiedet, das das bislang gültige Konzept aus dem Jahr 1999 ablöst.**

Leider konnte sich die NATO nicht dazu durchringen, den Entwurf des neuen Konzepts bereits vorab zu veröffentlichen. Die Abgeordneten des Bundestages mussten daher in ihrer Debatte am 11. November über ein Papier diskutieren, das die meisten von ihnen noch gar nicht zu Gesicht bekommen hatten. Mehr Offenheit und Transparenz hätten sowohl der Diskussion als auch dem Bündnis sicher gut getan.

Obwohl Präsident Obama die weltweite Abschaffung der Nuklearwaffen zum Ziel erklärt hat und sich dies auch in der am 6. April 2010 beschlossenen neuen US-Nuklearstrategie niederschlägt, die einen Einsatz von Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearstaaten ausschließt und damit im

Vergleich zu früher die Rolle von Atomwaffen in der amerikanischen Sicherheitsdoktrin reduziert, hält die NATO an der Präsenz von taktischen Atomwaffen in Europa fest.

Dabei war es vor allem Außenminister Westerwelle, der immer wieder den Abzug der letzten in Europa verbliebenen Nuklearwaffen gefordert hat. Doch geschehen ist bislang nichts. Die Bundesregierung hätte die Beratungen um das Neue Strategische Konzept dazu nutzen müssen, den Fokus sehr viel stärker auf die Frage des Abzugs dieser Waffen aus Europa zu lenken bzw. politische Initiativen zu ergreifen, um das Thema der taktischen Atomwaffen auf die Tagesordnung der internationalen Politik zu setzen. Die taktischen Nuklearwaffen in Europa besitzen heutzutage keinerlei glaubwürdige Abschreckungsfunktion mehr und müssen deswegen abgezogen werden. Damit würde dem nuklearen Abrüstungsprozess ein wichtiger Impuls gegeben.

## Petitionen – die einzige Form direkter Demokratie auf Bundesebene

---

**2005 sind auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion Online-Petitionen und öffentliche Petitionen an den Bundestag eingeführt worden. Seit 2006 finden öffentliche Beratungen des Petitionsausschusses statt.**

Das Petitionsrecht bietet damit neue, nie da gewesene Partizipationsmöglichkeiten. Denn Petitionen gewährleisten nicht einzig und allein Hilfe in Einzelfällen. Sie sind nicht nur ein Kontrollinstrument der Verwaltung. Sie sind auch dazu da, politische Fragen zu diskutieren. Sie bieten die Chance, neue Themen zu setzen. Sie ermöglichen politische Initiativen und die Übermittlung politischer Vorschläge direkt an das Parlament.

Petitionen sind Elemente eines politischen Frühwarnsystems, das Defizite verdeutlicht. Sie machen aufmerksam, in welche Richtung sich die

politischen Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung entwickeln.

Bis heute sind Petitionen die einzige Form direkter Demokratie auf der Bundesebene. Wer eine öffentliche Petition startet und in der vorgegebenen Zeit 50.000 Unterschriften sammelt, kann dem Petitionsausschuss sein Anliegen in einer öffentlichen Sitzung vortragen und direkt mit Mitgliedern des Petitionsausschusses und der Regierung diskutieren.

Ein klug genutztes Petitionsrecht ist ein Schrittmacher für mehr Bürgernähe und Demokratie. Es ist eine scharfe Waffe gegen die Politikverdrossenheit. Ein klug genutztes Petitionsrecht kann auch das politische Gewicht der Opposition stärken.

Wir sind daher gut beraten, wenn wir Petitionen und ihre Breitenwirkung aufmerksam verfolgen, nutzen und gebührend berücksichtigen.

# Abschied von Hermann Scheer

---

**Der plötzliche Tod von Hermann Scheer am 14. Oktober 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion tief bestürzt. Er ist nur 66 Jahre alt geworden.**

Mit Hermann Scheer haben wir einen herausragenden Umweltpolitiker, leidenschaftlichen Kämpfer und streitbaren Politiker verloren, der unserer Fraktion seit 30 Jahren angehörte. Er stand zu seinen politischen Überzeugungen und verstand es Menschen davon zu begeistern und zu überzeugen.

Seit 1965 war er Sozialdemokrat, von 1982 bis 1990 Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle und danach von 1991 bis 1993 Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages. Sein Weg führte ihn von der Friedenspolitik zu den Erneuerbaren Energien. Als einer der ersten Politiker weltweit erkannte er die sicherheitspolitische Dimension der Energiefrage.



„Herman Scheer hat die Gefahren des 21. Jahrhunderts heraufziehen sehen, früher als viele andere, aber er hat sich von ihnen nicht verängstigen lassen. Politik hat er als Auftrag verstanden, eine bessere, eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, und er hat diesen Auftrag parlamentarisch und außerparlamentarisch durchgesetzt – gegen alle Widerstände und mit einer Unbedingtheit, wie das wohl wirklich nur ein Vertreter des ganzen Volkes kann, einer, der an Aufträge und Weisungen nicht gebunden ist“, mit diesen Worten erinnerte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, am 1. November bei der öffentlichen Trauerfeier in Berlin an Hermann Scheer.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion setzte Herman Scheer viele von seinen umweltpolitischen Zielen um. Das Stromeinspeisegesetz, das 100.000-Dächer-Programm und das Erneuerbare-Energien-Gesetz gehen auf sein Engagement zurück. Sein politisches Ideal war, für die Welt eine Energieversorgung ohne Atomkraft und Kohle zu schaffen. Sein Entwurf einer radikalen Energiewende hin zu den Erneuerbaren Energien errang weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Anerkennung und Respekt.

Hermann Scheer war Präsident und Gründer der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. und Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien (WCRE). 1999 wurde ihm der Alternative Nobelpreis verliehen, ein Jahr zuvor erhielt er für sein Umwelt-Engagement den Welt-solarpreis. Als sein größter politischer Erfolg gilt vielen die Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, IRENA, im Jahr 2009. Mittlerweile haben 148 Staaten die Statuten unterzeichnet. 20 Jahre hatte er dafür gekämpft und sich am Ende durchgesetzt.

Herrmann Scheers Gedanken und Ideen werden auch nach seinem Tod für die sozialdemokratische Orientierung im Bundestag prägend sein. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

## Personalien

---



### **Michael Roth neuer Sprecher der AG Europa**

Michael Roth (40) wurde zum europapolitischen Sprecher gewählt. Er folgt damit Axel Schäfer nach, der seit kurzem das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für den Bereich Angelegenheiten der Europäischen Union inne

hat. Roth ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2009 außerdem Generalsekretär der SPD in Hessen.



### **Rita Schwarzelühr-Sutter wieder im Bundestag**

Sie rückt als Nachfolgerin des kürzlich verstorbenen Hermann Scheer für die SPD-Bundestagsfraktion ins Parlament nach. Die 48jährige Betriebswirtin aus Lauchringen war bereits von 2005 bis 2009 Mitglied der SPD-Bun-

destagsfraktion. Sie wird die Arbeit der Fraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unterstützen.

## Veröffentlichungen

---

„Ein Jahr Schwarz-Gelb: Spaltung, Lobbyismus, verpasste Chancen – Schwarz-Gelb im Fakten-Check“ (Broschüre, 38 Seiten, Oktober 2010)

„Unsere Handschrift: 70 Argumente gegen Atomenergie – Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien“ (aktualisierte A5-Broschüre, 30 Seiten, November 2010)

„Ein Jahr Schwarz-Gelb: Ein verlorenes Jahr für Deutschland“ (Faltblatt, 10 Seiten, Oktober 2010)

„Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik“ (Faltblatt, 8 Seiten, November 2010)

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern\*** erscheint am 20. Dezember.

---

#### **IMPRESSUM**

**HERAUSGEBER:** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

**VERANTWORTLICH:** PETRA ERNSTBERGER MDB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

**REDAKTION:** ANJA LINNEKUGEL

**TEXTE:** ROSINA BAUMGARTNER, JUTTA BIERINGER, MARION BINDER, STEFAN BULL, ALEXANDER BULTMANN, JÖRG DEML, ROBERT ERNECKER, ECKHART FISCHER, STEFAN HINTERMEIER, IRA KRIESCHE, ANJA LINNEKUGEL, NATHALIE NIEDING, AGATHA RODRIGUEZ, DIRK SAWITZKY, THORSTEN SCHOLZ

**ILLUSTRATIONEN UND FOTOS:** BILDERBOX (S. 2, 4, 7, 9, 10), EINBLICK 19/10 (S. 6), SPD-BUNDESTAGSFRAKTION (S. 15, 16), THOMAS KÖHLER/PHOTOTHEK.NET (S. 3), THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET (S. 13), KLAUS VHYNALEK (TITEL)

#### **REDAKTIONSANSCHRIFT:**

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION  
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -  
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN  
TELEFON: 030 / 227-530 48  
TELEFAX: 030 / 227-568 00  
E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE  
INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

**GRAFIK UND LAYOUT:** S. VOORWINDEN / J. MILLER

**DRUCK:** BRAUNSCHWEIG-DRUCK

#### **ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN**

##### **VON VERÖFFENTLICHUNGEN:**

TELEFON: 030 / 227-571 33  
TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE  
ODER DIREKT IM INTERNET